

spektable Kandidatin, die Klugheit und Lebenserfahrung verbindet und die als parteilose Kandidatin dem überparteilichen Profil des Amtes gut entspricht, aber nun scheint sie aufgrund der Konstellationen, in der sie vorgeschlagen wurde, nicht die richtige zu sein.“ Schade eigentlich, aber vielleicht bringt der 23. Mai doch noch eine Überraschung.

A. F.

## Selber denken

*Kultusministerin Schavan fordert mehr Philosophie in der Schule*

Französische Philosophen haben mit ihren Büchern schon manche Bestsellerliste gestürmt. Das liegt unter anderem daran, daß die Philosophie in Frankreich einen höheren Stellenwert besitzt, in der Schule etwa ein ganz normales Unterrichtsfach ist. In deutschen Lehrplänen dagegen kommt sie selten über den Status eines Orchideenfachs hinaus. Um so bemerkenswerter ist es, wenn jetzt eine amtierende Kultusministerin eine Lanze für die Philosophie bricht – so geschehen Anfang Februar auf einer Tagung der Katholischen Akademie Freiburg. In ihrem Vortrag forderte Baden-Württembergs Kultusministerin *Annette Schavan* dazu auf, die Philosophie in der Schule stärker zum Zuge kommen zu lassen.

Also ein weiteres Wuchern der von Schülern und Lehrern zu bewältigenden Lernstoffe? Keinesfalls. Die Ministerin verfolgt vielmehr die – nur auf den ersten Blick paradox erscheinende – Strategie, sich gerade aufgrund der problematischen Ausweitung der Lehrpläne auf das Wesentliche zu besinnen: Wenn sich das Wissen heute alle fünf Jahre verdoppele, sei die Frage nach den Zusammenhängen um so vordringlicher. Sich genau dieser Frage zu widmen, ist eine originär philosophische Aufgabe.

Darüber hinaus legten die vielbeschworene „Neue Unübersichtlichkeit“ und der gesellschaftliche Wertewandel es nahe, daß sich die Schüler intensiver mit den Grundlagen des Gemeinwesens befassen. Da die Plausibilität des Beitrags der jüdisch-christlichen Traditionen bei der Begründung der freiheitlichen Ordnung zunehmend schwinde, müsse es zudem auch im Interesse der Christen sein, die Bindekräfte der Philosophie zu stärken.

Dabei geht es der Ministerin weniger um konkrete Inhalte. Die wichtigste Aufgabe der Philosophie sei vielmehr, daß Schüler für ein gelingendes Leben die richtige Fragehaltung entwickeln. Staunen wecken und Mut zum Denken machen, sind heute tatsächlich die wichtigsten Ziele philosophischer Unterweisung im Kielwasser der sokratischen Tradition. Nur wer gelernt hat, kritisch zu prüfen, weiterzudenken und sich letzten Fragen zu stellen, erwirbt die unabdingbare Urteilsfähigkeit, um gegen die schnellen Antworten der Ideologien gefeit zu sein.

Man hätte Schavan jedoch falsch verstanden, wenn man schlußfolgerte, daß nun jeder Schüler zwischen Aalen und Weil am Rhein das Fach Philosophie auf dem Stundenplan finden wird. Zwar bekannte sich die gelernte Philosophin und Theologin dazu, Philosophie als Fach in der Oberstufe des Gymnasiums anderen Nebenfächern gleichwertig anbieten zu wollen. Auch hatte sie selbst wenige Tage zuvor angekündigt, daß in Baden-Württemberg zum Wintersemester dieses Jahres ein Studiengang „Philosophie/Ethik“ eingerichtet wird. In diesem werden in Zukunft alle Lehrer ausgebildet, die in Baden-Württemberg das Fach Ethik unterrichten, das ab der achten Klasse für alle diejenigen verpflichtend ist, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen.

Grundsätzlich geht es Schavan aber nicht um eine Aufstockung des Angebots, sondern um die philosophische Dimension aller Fächer, seien es Deutsch, Geschichte, Gemeinschafts-

kunde und Religion oder die Naturwissenschaften. Besonders in den – stärker geforderten – fachübergreifenden, projektorientierten Unterrichtsformen wird Philosophie eine wichtige Rolle spielen können.

Zudem dürfe die Beschäftigung mit der Philosophie nicht auf das Gymnasium beschränkt bleiben, sie müsse zum Bestandteil jeder Schulbildung werden. Auf der Ebene der Lehrerausbildung an den Hochschulen wiederholt sich dann freilich das Problem einer Ausweitung des Fächerkanons. Schavan gab deshalb zu bedenken: Wie sich heute jeder Lehrer eine medienkundliche Kompetenz zu erwerben habe, ohne sich dafür eigens einschreiben zu können, müsse zukünftig jeder in der Lage sein, zum philosophischen Fragen anzuleiten und – zumindest die jeweils einschlägigen – Positionen der Philosophiegeschichte in seinen Unterricht mit einzubeziehen.

Dies alles ist ohne Einschränkung zu begrüßen, eine entsprechende didaktische Schulung der Lehrer vorausgesetzt. Aus der Sicht der Kirchen allerdings dürfte sich ein Punkt in der von Schavan provozierten Diskussion als kniffliges Problem herauskristalisieren. Die Ministerin hat mit Recht betont, daß es keinen Religionsunterricht ohne philosophische Inhalte geben kann, wie auch der Philosophie- und der Ethikunterricht nicht auf die Auseinandersetzung mit der Religionsphilosophie und den Werken christlicher Denker verzichten darf. Allerdings führt die Koppelung des Ersatzfachs Ethik an die Philosophie dazu, daß die Verschlingung von philosophischen und religiösen Fragen ineinander faktisch in eine schroffe Alternative mündet – wenn etwa nur der Schüler der Mittelstufe am Philosophieunterricht teilnehmen darf, der sich vom Religionsunterricht abgemeldet hat. Eine Zusammenlegung beider Fächer scheidet hingegen aufgrund der kirchlichen Verantwortung für den Religionsunterricht aus.

Mit Blick auf die Lehrer hat nicht zuletzt der Katholisch-Theologische Fakultätentag Anfang Februar (vgl. ds. Heft, S. 158) darauf hingewiesen, daß

die Religionsfakultas kein Grund dafür sein dürfe, die Lehrbefähigung für das – auch unter anderen Bezeichnungen firmierende – Fach Ethik nicht erwerben zu können beziehungsweise keinen Ethikunterricht erteilen zu dürfen. Eine solche Ausschlußregelung könnte schließlich nur dadurch begründet werden, daß das Fach Ethik nach staatlich festgelegten weltanschaulichen Grundsätzen unterrichtet werden solle, die mit dem Christentum unvereinbar sind. Dies aber wird in keinem Bundesland gefordert.

S. O.

## Dringlich

*Die Unionsparteien, ihr „C“ und die Kirchen*

Seit der hessischen Landtagswahl am 7. Februar sieht die CDU wieder das sprichwörtliche Licht am Ende des Tunnels: Überraschend hoher Stimmenzuwachs inklusive eines guten Abschneidens bei Jung- und Erstwählern, Ablösung einer rot-grünen durch eine gelb-schwarze Landesregierung, Veränderung der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat zuungunsten der Bonner Koalition, Ritterschlag für *Wolfgang Schäuble* als den neuen Parteivorsitzenden. Noch vor dem Bundesparteitag in Erfurt, der vor allem der programmatischen Erneuerung bzw. Profilierung dienen soll, beginnt der große Wahlverlierer vom 27. September 1998 wieder Tritt zu fassen.

Tatsächlich hat die Hessenwahl gezeigt, daß auch die CDU von der Flexibilisierung des Wahlverhaltens profitieren kann, dem die SPD ihren spektakulären Wahlerfolg bei der letzten Bundestagswahl verdankt. In den neuen Bundesländern, wo die CDU am 27. September 1998 besonders hohe Verluste einfuhr, gibt es ohnehin kaum Stamm- bzw. Traditionswählerschaft für die west-

deutschen Parteien; aber auch in der alten Bundesrepublik hat die Zahl der potentiellen Wechselwähler so sehr zugenommen, daß verlorene Prozente bei einer Wahl schon bei der nächsten durchaus wieder zurückgeholt werden können.

Die CDU wäre allerdings schlecht beraten, würde sie sich vor allem darauf verlassen, daß ihr die Macht in den Ländern und dann auch im Bund durch die Gunst der Stunde und entsprechende kurzfristige Mobilisierungseffekte wieder zufällt. Nicht zuletzt die parteiinternen Auseinandersetzungen um die Unterschriftensammlung gegen eine generelle Inkaufnahme einer doppelten Staatsbürgerschaft waren bzw. sind ein unmißverständlicher Beleg dafür, was der Partei an Positionserklärungen und Richtungsentscheidungen noch bevorsteht.

Wird etwa die CDU auch nach der Ära des Kanzlers und Parteivorsitzenden *Helmut Kohl* die „Europa-Partei“ bleiben oder wird sie sich stärker Strömungen und Stimmungen öffnen, die beispielsweise vor den Risiken der EU-Osterweiterung warnen? Wie schafft sie den Spagat zwischen entschiedener Bejahung von technisch-wissenschaftlicher Innovation einerseits und Beschwörung verlässlicher Bindungen an Herkunft und vertraute Lebenswelt andererseits?

Wie weit kann die Union bei der vielfach angemahnten Öffnung für gesellschaftlich-kulturelle Veränderungen gehen, ohne ihre zwar abgeschmolzenen, aber nach wie vor unentbehrlichen Traditionsmilieus zu sehr vor den Kopf zu stoßen? Wie werden sich in den kommenden Jahren die Gewichte zwischen Wirtschaftsliberalen, Nationalkonservativen, klassischen Sozialstaatlern und entschiedenen Modernisierern in der Union austarieren und welche Mischung aus diesen und anderen Strömungen in dieser großen Volkspartei wird ihr Gesicht prägen?

Bei allen diesen Fragen kommt früher oder später das „C“ im Parteinamen ins

Spiel. Es gehörte denn auch zum festen Standard der meisten Interviews zur Zukunft der Union nach der verlorenen Bundestagswahl, daß deren jeweils befragte Führungskräfte die Unverzichtbarkeit des christlichen Menschenbilds für Programmatik und praktische Politik der C-Parteien bekräftigt haben.

Aber was besagt das auf dem Hintergrund weiterer Säkularisierung und religiöser Pluralisierung?

Das weitere Schicksal des „C“ bei den deutschen Christdemokraten hängt vor allem davon ab, daß und wie sich die ihrer Kirche verbundenen und im Glauben verwurzelten Christen in CDU bzw. CSU zu Wort melden, für ihre Anliegen werben und sie im innerparteilichen Disput um Prioritäten und Programme offensiv, aber immer auch gesprächsbereit vertreten. Christliche Präsenz in einer Volkspartei ist nicht an das Fortbestehen der klassischen vor allem katholischen Milieus gebunden, so wichtig diese für Entstehung und Erfolg der Unionsparteien einmal waren. Entscheidend ist vielmehr, daß es auch weiterhin Männer und Frauen unter den Mitgliedern und Funktionsträgern der Unionsparteien gibt, die diese bei entsprechender Gelegenheit an ihre Verpflichtung auf das christliche Menschenbild erinnern.

Die Kirchen wiederum müssen grundsätzlich für alle Parteien und politischen Gruppierungen offen sein, die das Gespräch mit ihnen suchen. Zusammenarbeit im Interesse des Gemeinwohls und erspriessliche Regelungen zwischen Kirche und Staat haben allemal Vorrang. Aber es kann die Kirchen nicht gleichgültig lassen, wie die Parteien, die sich programmatisch und aus ihrer Tradition ausdrücklich zum Christlichen bekennen, mit diesem selbstgesetzten Anspruch zurechtkommen und wie sie ihn umzusetzen versuchen. Deshalb sollten entsprechende Kontakte weiter gepflegt und abgerissene Gesprächsfäden wieder aufgenommen werden – im beiderseitigen Interesse.

U. R.